

# Die Woche im Bundestag



**CDU** **CSU** Fraktion im  
Deutschen Bundestag  
Landesgruppe Niedersachsen



Wir wollen spürbare Entlastungen für die Bürger und Unternehmen. Wir wollen eine Gaspreisbremse und werden dafür mit der Bundesregierung konstruktiv zusammenarbeiten. Aber einen Blankoscheck werden wir nicht ausstellen. Weiterhin ist völlig unklar, wie die Bundesregierung auf 200 Mrd. Euro kommt und wie sich diese konkret auf die einzelnen Maßnahmen verteilen. Der gewählte Finanzierungsweg widerspricht einer soliden Haushaltspolitik. Die Ampel hält an ihrer Strategie fest, in Krisenjahren übermäßige Haushaltspolster anzulegen, um diese dann in den Folgejahren zu nutzen. An der Verfassungsmäßigkeit dieses Vorgehens bestehen erhebliche Zweifel. Aus diesem Grund haben wir dem Gesetz nicht zugestimmt.

## Kein Blankoscheck für die Ampel

In dieser Woche will die Ampelkoalition das Gesetz zur Änderung des Stabilisierungsfondsgesetzes zur Reaktivierung und Ertüchtigung des Wirtschaftsstabilisierungsfonds abschließend beraten. Die Bundesregierung will den Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) reaktivieren, um Maßnahmen zu finanzieren, von denen niemand weiß, wie diese konkret aussehen sollen. Um den Fonds zu befüllen, will sie ein weiteres Mal die Schuldenbremse des Grundgesetzes außer Kraft setzen. Mit anderen Worten: Bevor klar ist, welche Maßnahmen konkret geplant sind und was sie kosten, soll der Bundestag pauschal einen Blankoscheck über 200 Mrd. Euro ausstellen.



Photo by Ilse Driessen on Unsplash

## Bundesregierung wird zum Inflationstreiber



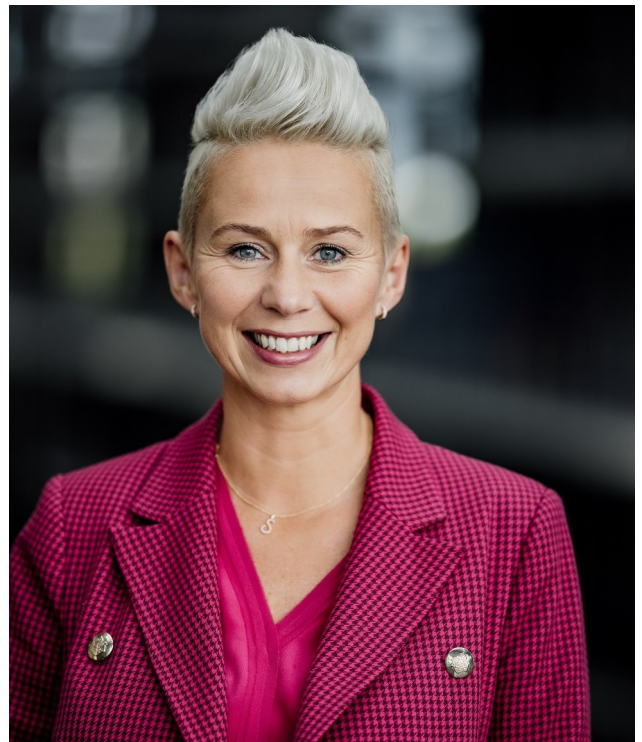
Die CO<sub>2</sub>-Bepreisung von Abfallverbrennung wird zu steigenden Müllgebühren führen. Der Deutsche Bundestag hat in dieser Woche in 2./3. Lesung das Zweite Gesetz zur Änderung des Brennstoffemissionshandlungsgesetzes beschlossen. Dazu erklärt **der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, André Berghegger:**

„Dass die Abfallverbrennung ab Januar 2024 mit einem CO<sub>2</sub>-Preis belegt wird, ist das falsche Signal zur falschen Zeit. Denn das führt zu steigenden Gebühren bei der Müllentsorgung, aber die mit der CO<sub>2</sub>-Bepreisung angestrebte Lenkungswirkung wird im Bereich der Müllverbrennung kaum erreicht werden. Die thermische Abfallbehandlung ist in Deutschland eine der tragenden Säulen einer sicheren Abfallentsorgung. Die Entsorger werden Mehrkosten auf die Verbraucherinnen und Verbraucher umlegen. Entgegen ihrer eigenen Ankündigung, die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen nicht zusätzlich belasten zu wollen, wird die Ampelregierung bei den Müllgebühren zum Inflationstreiber.“

## Fünf Millionen jährlich zur Erforschung der Endometriose

Die Ampel gibt dem Druck der Union nach. Der Haushaltsausschuss des Bundestages beschloss in dieser Woche eine neue Förderlinie zur Endometriose. Zur Erforschung dieser Krankheit sollen im Etat fünf Millionen jährlich vorgesehen werden. Dazu erklärt **die frauen- und familienpolitische Sprecherin Silvia Breher:**

„Wir freuen uns sehr, dass nun auch die Ampel-Koalition die Bedeutung und Auswirkung von Endometriose für Frauen und unsere Gesellschaft als Ganzes erkannt hat. Gerade letzten Monat haben wir noch eine anderslautende Antwort auf unsere Kleine Anfrage erhalten, in der die Bundesregierung angekündigt hat, in den kommenden Jahren keine Mittel für die spezifische Erforschung der Endometriose einstellen zu wollen. Umso besser, dass wir als Union nun mit unserer Anfrage und vor allem mit unserer Veranstaltung zu diesem Thema in der vergangenen Woche unseren Teil dazu beitragen konnten, dass das Leiden von bis zu zwei Millionen Frauen in Deutschland endlich ernst genommen und die Endometriose-Forschung in Zukunft mit fünf Millionen Euro jährlich gefördert werden wird.“





# Kanzler Scholz will wichtige Infrastruktur an China verkaufen



Bundeskanzler Olaf Scholz will im Alleingang den Verkauf eines Teils des Hamburger Hafens an den chinesischen Staatskonzern Cosco genehmigen. Im Rahmen einer Investitionsprüfung hatten zuvor jedoch alle sechs beteiligten Ministerien, darunter das Bundeswirtschaftsministerium, auf eine endgültige Ablehnung des Verkaufes gedrängt. Dazu erklärt **der Braunschweiger CDU-Bundestagsabgeordnete Carsten Müller:**

„Gegen den Willen und die Warnungen von sechs Bundesministern möchte Olaf Scholz im Alleingang den Verkauf eines Teils des Hamburger Hafens an den chinesischen Staatskonzern Cosco genehmigen. Ausgerechnet jetzt will der Bundeskanzler hochgradig kritische Infrastruktur der Bundesrepublik Deutschland an China veräußern. Olaf Scholz schafft damit grob fahrlässig neue Abhängigkeiten. Dieser infrastrukturpolitische Wahnsinn muss unverzüglich gestoppt werden.“

Bereits im Juni 2021 habe ich in einem Schreiben den damaligen Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier auf die Gefahren der sich anbahnenden Beteiligung des Staatskonzerns am Hamburger Hafen hingewiesen. Denn China hat in den letzten Jahren keinen Zweifel aufkommen lassen, einen

expansiven Machtanspruch zu verfolgen. Es versucht Staaten und ganze Regionen zu beeinflussen und diese nach eigenen Vorstellungen zu prägen. Immer häufiger ist zu beobachten, wie China durch Technologie- und Infrastrukturinvestitionen geostrategische Abhängigkeiten schafft und sowohl mittelbar und auch unmittelbar Einfluss auf andere Staaten und deren Positionierungen nimmt. Das erleben wir nicht nur in Afrika, Asien und Lateinamerika sondern zunehmend auch in Europa und der Europäischen Union. Wir können und dürfen das nicht tolerieren.

Sicherheitsrelevante Technologien und kritische Infrastrukturen müssen vor dem chinesischen Expansionsdrang geschützt werden. Dieser hat bereits dazu geführt, dass China laut US-Schätzung bereits an zwei Drittel der größten Containerterminals der Welt beteiligt ist oder diese sogar kontrolliert. In Europa sind es mindestens 14 Häfen, unter anderem Rotterdam, Le Havre, Bilbao, Marseille, Genua, Valencia, Piräus und Antwerpen. Sollte nun auch noch der Zugriff auf den Hamburger Hafen gelingen, wäre das Netz geschlossen, zumal die Hamburger Hafengesellschaft ihrerseits an weiteren wichtigen Häfen in der Ukraine, Estland und Italien beteiligt ist.“



## Die Woche im Plenum

### 1. Initiativen unserer CDU/CSU-Fraktion



Die Bundesregierung hat Studenten und Fachschüler in der aktuellen Krise bisher im Regen stehen lassen. Zuerst wurden sie schlicht vergessen. Dann wurde mit dem Entlastungspaket III zwar eine Einmalzahlung von 200 Euro zugesagt, die Abwicklung zieht sich aber weiter hin. Mit unserem Antrag **Studenten und Fachschüler jetzt in der Krise unterstützen – 200 Euro Zuschuss zügig auszahlen** erhöhen wir den Druck auf die Bundesregierung, endlich zu handeln. Darüber hinaus fordern wir die Bundesregierung auf, die Auszahlung an sogenannten Schein-Studenten zu unterbinden. Als Schein-Studenten werden Menschen bezeichnet, die neben der regulären Berufstätigkeit lediglich pro forma als Student eingeschrieben sind, an Vorlesungen nicht teilnehmen und dennoch von erheblichen Vorzügen (u.a. Semesterticket für den ÖPNV, Preisermäßigungen) profitieren.

In unserem Antrag **Deutsche Strategie zum Umgang mit Russlands wachsendem Einfluss in Afrika** stellen wir fest: Russlands Einfluss in Afrika hat über die letzten Jahre signifikant zugenommen. Durch „Guerilla Geopolitics“ schafft Russland, mit wenig Einsatz hohe politische und wirtschaftliche Erträge zu erzielen. So schafft es der Kreml, eine direkte Einmischung zu verleugnen und Sanktionen zu umgehen. Diese Entwicklung ist ein Problem für deutsche und europäische Interessen vor Ort. Bisher hat die Bundesregierung es nicht geschafft, eine klare und umfassende strategische Antwort auf dieses Dilemma zu geben. Das tun wir mit unserem Antrag, der eine Vielzahl von konkreten Punkten aufzeigt, wie wir dem russischen Engagement besser begegnen und in der EU eine Führungsrolle in dieser Frage einnehmen können.

Mit unserem Antrag **Expertenkreis Politischer Islamismus im Bundesministerium des Innern und für Heimat weiterführen** fordern wir: Die Bundesregierung darf diesen Expertenkreis im Bundesinnenministerium nicht auflösen. Er hat die Aufgabe, verschiedene Aspekte des politischen Islamismus auszu-leuchten und das BMI zu beraten. Die Bundesregierung will nun aber die Augen vor dem Phänomen des politischen Islamismus verschließen und keine externe, unabhängige Expertise mehr nutzen. Genau hier sollte der Expertenkreis im BMI wirken und die Politik hinsichtlich der Gefahren und des Vorgehens von Islamisten informieren sowie sensibilisieren. Forschungsbedarfe sollten skizziert und die nachhaltige Bekämpfung des politischen Islamismus durch einen ganzheitlichen Ansatz verbessert werden. Der Expertenkreis muss deshalb weitergeführt werden.



Für uns als Unionsfraktion ist klar: Entwicklungspartnerschaft mit der Wirtschaft ist für die Verwirklichung unserer entwicklungspolitischen Ziele essenziell. Die Vernachlässigung dieses Sektors durch das SPD-geführte Bundesentwicklungsministerium zeigt sich auch in der Kürzung entsprechender Titel im Bundeshaushalt. Entwicklungspartnerschaft mit der Wirtschaft ist jedoch unverzichtbar, um Armut in Entwicklungsländern nachhaltig zu bekämpfen. In unserem Antrag **Entwicklungspolitische Ziele durch Zusammenarbeit mit der Wirtschaft nachhaltiger erreichen** fordern wir deshalb: Dieser Ansatz muss – auch finanziell – wieder gestärkt werden. Außerdem muss geprüft werden, ob und gegebenenfalls wie die unterschiedlichen Förderinstrumente zum Engagement der deutschen Privatwirtschaft in Entwicklungsländern besser aufeinander abgestimmt werden können.

Wir brauchen eine aktivere Rohstoffpolitik, um den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken. Mit unserem Antrag



**Deutschlands Rohstoffabhängigkeit reduzieren – Neue Rohstoffpartnerschaften auf den Weg bringen, heimische Rohstoffgewinnung stärken** fordern wir die Bundesregierung auf, jetzt die notwendigen Schritte einzuleiten. Die Verfügbarkeit und Bezahlbarkeit von Rohstoffen ist vor allem für unsere gewerbliche Wirtschaft von existenzieller Bedeutung. Gerade vor dem Hintergrund der Folgen des russischen Angriffskriegs hat dieses Thema an Brisanz gewonnen. Die Ampel hat im Koalitionsvertrag verbesserte Rahmenbedingungen für die Erkundung heimischer Rohstoffe angekündigt, bisher aber kaum Initiative in diesem Bereich gezeigt. Es braucht ein größeres deutsches Engagement bei der Gewinnung von Rohstoffen im In- und Ausland, z.B. durch neue Rohstoffpartnerschaften und bessere gesetzliche Rahmenbedingungen.



Die Europäische Kommission hat am 15. Februar 2022 ihre Initiative für ein zusätzliches europäisches Satellitenkommunikationssystem vorgestellt: Die „Secure Connectivity Initiative“ (SCI). Wir greifen die Vorschläge mit unserem Antrag **Digitale Souveränität durch den Aufbau eines europäischen Satelliten-Internets stärken** auf. Das neue System soll in erster Linie eine sichere Internetkommunikation für Regierungen, Streitkräfte, Behörden und Kritische Infrastrukturen ermöglichen, aber auch für private Anbieter zur Verfügung stehen. Wir fordern die Bundesregierung auf, eine führende Rolle bei der Ausgestaltung der „Secure Connectivity Initiative“ einzunehmen und Startups und KMU maßgeblichen Anteil an dieser Initiative zu gewähren.

In einem fraktionsübergreifenden Antrag fordern wir: **Meeresschutzgebiet im Weddellmeer der Antarktis jetzt einrichten**. Unser Ziel ist es, der Bundesregierung und der Europäischen Union Rückenwind für die anstehenden Verhandlungen

für die Ausweisung eines Meeresschutzgebiets im Weddellmeer der Antarktis zu geben. Bislang blieben alle Initiativen dazu erfolglos. Auf der Ende Oktober 2022 stattfindenden Konferenz der Kommission zur Erhaltung der lebenden Meeresschätze der Antarktis (CCAMLR) wird die EU einen erneuten Anlauf zur Unterschutzstellung dieses Meeresökosystems unternehmen. Intakte Meeresökosysteme spielen u.a. für die Sauerstoffproduktion, die Speicherung von CO<sub>2</sub> und die Meeresbiodiversität eine herausragende Rolle. Das bisher weitgehend von menschlichen Eingriffen verschonte Weddellmeer sollte daher unter Schutz gestellt werden.

## 2. Sonstige Tagesordnungspunkte



In 1. Lesung haben wir den Entwurf der Bundesregierung für ein Gesetz zur Einführung eines Chancen-Aufenthaltsrechts beraten. Die von der Ampel geplanten Regelungen sind aus mehreren Gründen falsch: Sie entwerfen das Asylverfahren und machen den Spurwechsel zum Regelfall. Auch Mitwirkungsverweigerer und Identitätstäuscher bekommen künftig ihr „Chancen-Aufenthaltsrecht“, und das auch ohne Integration in den Arbeitsmarkt. Die Ampel sollte ein klares Stopp-Signal gegen irreguläre Migration senden, statt den fatalen deutschen Sonderweg fortzusetzen und zusätzliche Anreize für mehr irreguläre Migration nach Deutschland zu schaffen. Die Botschaft ist: Egal ob ein Asylgrund besteht, egal ob jemand berufliche Qualifikationen hat – am Ende darf jeder in Deutschland bleiben. Der Konsens in der Mitte unserer Gesellschaft lautete bisher: Wir sind großzügig gegenüber Schutzbedürftigen und fördern qualifizierte Migration. Wer aber keinen Schutzgrund hat und ausreisepflichtig ist, muss unser Land verlassen. Die Ampel hat sich von diesem Konsens verabschiedet.



In dieser Woche stehen zudem mehrere Vorhaben der Ampelkoalition zur Umsetzung des Entlastungspakets III zur abschließenden 2./3. Lesung an. Im Einzelnen handelt es sich um das **Gesetz zur Änderung des Heizkostenzuschussgesetzes und des Elften Buches Sozialgesetzbuch** sowie das **Gesetz zur Zahlung einer Energiepreispauschale an Renten- und Versorgungsbeziehende und zur Erweiterung des Übergangsbereichs**. Für die Übergangszeit in der Heizperiode bis Januar 2023 will die Bundesregierung eine weitere Einmalzahlung (Heizkostenzuschuss II) auf den Weg bringen – insbesondere für Wohngeldempfänger. Rentner und Versorgungsempfänger sollen darüber hinaus ebenfalls von einer Einmalzahlung zum Energiepreisausgleich profitieren.

**Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte - Stabilisierung sichern, Wiedererstarken des IS verhindern, Versöhnung in Irak fördern.** In dieser Woche entschieden wir in abschließender Beratung über die Verlängerung des Bundeswehreininsatzes im Irak. Die Bundesregierung schlägt eine Verlängerung vor. Dies ist auch ein Ergebnis der Überprüfung des Einsatzes, die im Rahmen des Bundestagsmandats vom 28. Januar 2022 beauftragt wurde. Der Einsatz zielt darauf ab, die irakischen Streit- und Sicherheitskräfte nachhaltig zu befähigen, die Sicherheit und Stabilität in Irak eigenständig zu gewährleisten und ein Wiedererstarken der Terrororganisation des Islamischen Staates (IS) zu verhindern. Die internationale Gemeinschaft ist diesem Ziel in den letzten Jahren deutlich nähergekommen, hat es aber noch nicht erreicht. Eine Fortsetzung des Engagements ist daher notwendig, um das bisher Erreichte zu konsolidieren und tragfähig weiterzuentwickeln. Die Mandatsobergrenze verbleibt bei 500 Soldatinnen und Soldaten.

## Schaden vom Wissenschaftssystem abwenden

Deutschland hat eines der leistungsstärksten Wissenschaftssysteme der Welt. Wissenschaft und Forschung können in Krisenzeiten den Handlungsraum von Politik erweitern. Umso wichtiger ist es, dass die Wissenschaft in der aktuellen Energiekrise nicht vergessen wird. Die hohen Energiepreise stellen für Wissenschaft und Forschung eine existenzielle Bedrohung dar. Überall dort, wo an Zukunft gedacht, geforscht und getüftelt wird, darf nicht der Stecker gezogen werden.



Photo by Louis Reed on Unsplash

Mit unserem Antrag **Entlastungspaket und Notfallfonds einrichten, um Schaden von unserem Wissenschaftssystem abzuwenden** fordern wir die Bundesregierung auf, durch ein aktives Krisenmanagement die Leistungs- und Zukunftsfähigkeit des Wissenschaftsstandorts Deutschland zu sichern. Die bisherige Tatenlosigkeit von Bundesforschungsministerin Stark-Watzinger ist inakzeptabel. Die Bundesregierung muss zügig ein maßgeschneidertes „Entlastungspaket Wissenschaft“ schnüren. Darüber hinaus braucht es einen Notfallfonds mit kurzfristigen, bedarfsgerechten und zielgerichteten Hilfen für die Wissenschaft.

**CDU** **CSU** Fraktion im  
Deutschen Bundestag  
Landesgruppe Niedersachsen

**Vorsitzender:**  
Dr. Mathias Middelberg MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030 – 227 79498  
Fax: 030 – 227 70139  
Email: [stefan.krueppel@cducsu.de](mailto:stefan.krueppel@cducsu.de)  
Internet: [www.lg-nds.de](http://www.lg-nds.de)

**Bildnachweis:**  
Foto Header: Tobias Koch

*Diese Veröffentlichung der Landesgruppe dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.*